

Positionen zur Nachhaltigkeit

Beschluss des Oberbürgermeister Dialoges Nachhaltige Stadt vom 15. März 2017

Die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister von Augsburg, Bonn, Bottrop, Darmstadt, Delitzsch, Dortmund, Düsseldorf, Erfurt, Essen, Frankfurt am Main, Freiburg, Friedrichshafen, Hannover, Heidelberg, Karlsruhe, Kassel, Konstanz, Leipzig, Lörrach, Ludwigsburg, Lüneburg, München, Münster, Norderstedt, Nürnberg, Osnabrück, Ravensburg, Rheine, Tübingen und Wernigerode.

Berlin, 15. März 2017

Die globalen Nachhaltigkeitsziele und die weltweite Agenda 2030 zur nachhaltigen Entwicklung sind auch für die deutschen Kommunen richtungsweisend. Viele Maßnahmen und Projekte zur Umsetzung der Ziele werden in unseren Städten bereits seit langem erfolgreich angegangen.

Aber weitere Herausforderungen stehen auch bei uns an. Unser Verständnis von nachhaltiger Entwicklung baut auf Rechtsstaatlichkeit, Fairness, Kooperation und einer gerechten Verteilung von Lasten und Chancen auf. Ambitionierte Ziele, für die wir stehen, können nicht durch Egoismus und Ausgrenzung erreicht werden. Wir wollen ein Europa der nachhaltigen Entwicklung, das Gemeinsamkeiten entwickelt und der Kreativität seiner Bürgerinnen und Bürger Raum gibt.

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie eine zeitgemäße Umsetzung der universellen Ziele der Vereinten Nationen anstrebt. Wir unterstützen die Ziele zur Bekämpfung von Ungleichheit, zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung und grundlegenden Neugestaltung der Mobilität, zur Unterstützung nachhaltiger Konsum- und Produktionsweisen sowie zum Klimaschutz. Wir sehen in mehreren Kernfeldern der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie große Herausforderungen, die wir mit unseren Möglichkeiten angehen. Einige Indikatoren berühren die kommunale Kompetenz ganz direkt und speziell. Das betrifft das Ziel, die Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu machen. Es soll an den sieben Indikatoren gemessen werden: Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 30ha minus x pro Tag bis 2030, Freiraumverlust je Einwohner, Siedlungsdichte, Endenergieverbrauch im Güter- und im Personenverkehr, bevölkerungsgewichtete Reisezeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum nächsten Mittel-/ Oberzentrum und Überlastung durch Wohnkosten. Diese Indikatoren adressieren wichtige soziale und ökologische Kernthemen für die urbane und ländliche

Entwicklung. Wir wollen diese Indikatoren nutzen; wir bitten die Bundesregierung allerdings, zu diesen Indikatoren umfassend auf die differenzierten Bedürfnisse und Möglichkeiten der Kommunen einzugehen und die Maßnahmen mit den Kommunen abzustimmen.

Wir brauchen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele je nach lokalen Erfordernissen einen besseren rechtlichen und finanziellen Handlungsrahmen, letzteren auch im Hinblick auf die Einstellung und Qualifizierung von Personal, das diese Aufgaben übernimmt und den Dialog auf kommunaler Ebene fördert und voranbringt.

Gemeinsam mit dem Bund wollen wir die Energiewende, in den Bereichen Energie, Wärme und Mobilität, erfolgreich voranbringen. Wir nutzen die Potenziale der Dekarbonisierung. Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes erfordert dabei neue Herangehensweisen der Sektorenkopplung und Finanzierungsmethoden in den Quartieren. Energie- Klima- und Ressourceneffizienz müssen, unter Berücksichtigung sozial gerechter Lastenverteilung und der Wirtschaftlichkeit, statt unverbunden nebeneinander zu stehen, konzertiert werden, wobei der Bund eine signalgebende Rolle spielen muss. Die Kommunen müssen zur Steuerung auf der lokalen Ebene befähigt werden. Um nachhaltige Mobilität erreichen zu können, muss die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs durch Bund und Länder verstärkt werden. Ein weitgehend dekarbonisiertes, ressourcensparendes und bezahlbares Verkehrssystem erfordert Investitionen in die Infrastruktur. Aus unserer Sicht ist zu prüfen, ob und wie der chronisch unterfinanzierte öffentlichen Personennahverkehr und die nachhaltige Mobilität durch ein Infrastrukturgesetz für die nachhaltige Kommunalentwicklung substanziell besser ausgestattet werden kann.

Neben staatlichen Initiativen braucht es das Engagement aller Akteure zur erfolgreichen Umsetzung der Agenda 2030. Wir werden unsere Städtepartnerschaften für die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung weiter stärken. Wir ermutigen auch unsere kommunalen Unternehmen zu größerem Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit. Wir appellieren aber umgekehrt an die Länder, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ein sicherer Rechtsrahmen unsere Unternehmen in der Umsetzung der Agenda 2030 unterstützt.

Eine energieeffiziente und zugleich ressourcenbewusste Zukunft muss völlig ohne Abfälle auskommen. Das geht weit über die Praxis der Abfallwirtschaft hinaus, setzt am Beginn der Wertschöpfung an und schafft Arbeitsplätze durch neue Geschäftsmodelle, auch auf kommunaler Ebene, zur Vermeidung von Abfällen, zur einsparenden (oft als suffizient bezeichneten) Verwendung von Dingen und zur Rückgewinnung bisher nicht genutzter Ressourcen. Ökologische Vernunft und ökonomische Innovationen können im Prinzip Hand in Hand gehen. Wir ermutigen die in den Kommunen tätigen Unternehmen jedweder Art zu mehr Kooperation und zu neuen Geschäftsmodellen. Die Vermeidung von Abfällen und die Wiederverwendung sollen stärker unterstützt werden. Die Gestaltungskompetenz der Kommunen ist eingehend zu nutzen und zu stärken. Wir begrüßen die Anwendung des Deutschen Nachhaltigkeitskodexes (DNK) durch die Kommunale Abfallwirtschaft und wünschen uns seine Anwendung in der gesamten Branche.

Die Digitalisierung ist Chance und Herausforderung zugleich. Wir erkennen die großen Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung in unseren Kommunen, die Chancen für gesellschaftliche und wirtschaftliche Innovationen. Digitalisierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern Mittel zur

Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen und Stärkung regionaler Wertschöpfung im Bereich nachhaltiger Entwicklung. Wir erarbeiten kommunale Strategien für Digitalisierung und fördern Ansätze offener und öffentlicher Datenplattformen. Im Dialog mit der Gesellschaft, Unternehmen und lokalen Akteuren, entwickeln wir lokal spezifische digitale Lösungen, um kommunale Beteiligungsprozesse und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und eine wirtschaftliche Nutzung vor Ort zu sichern.

Die Sicherheit des öffentlichen Lebens ist eine Grundvoraussetzung für die nachhaltige Entwicklung. Dazu gehört, dass man sich im öffentlichen Raum sicher fühlen kann und dass die Werte von Respekt und Vertrauen gemeinsam gelebt werden. Wir appellieren an alle gesellschaftlichen Kräfte, diese Werte noch entschiedener als bisher zu vertreten.